



## Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn, GbS

Solothurn, 25.01.2019

### **Standortstrategie 2030 – ein einseitiges Wunschkonzert ohne Verbindlichkeit**

Der GbS begrüsst es grundsätzlich, wenn sich die Regierung Gedanken zur Zukunft des Wer- und Wohnstandortes macht. Mit der heute vorgestellten Standortstrategie 2030 für den Kanton Solothurn unterbreitet der Regierungsrat einen Katalog von Handlungsfeldern, die bei näherer Betrachtung eher einem Wunschkonzert als einer Strategie gleichkommen. Befremdend ist für den GbS auch, dass die Solothurner Handelskammer offenbar einmal mehr als «Think-Tank» der Regierung funktionierte, die Haltung der Arbeitnehmende aber aussen vor gelassen wurden. Für eine ausgewogene und breit akzeptierte Lösung ist das Mitwirken aller betroffener Akteure massgebend. Zumal der GbS bereits 2015 den Regierungsrat an einem runden Tisch aufgefordert hatte, eine attraktive Wirtschaftsstrategie für den Kanton Solothurn auszuarbeiten.

#### **Finanzen und Steuern**

Pikant scheint dem GbS, dass die Regierung die von ihm vorgeschlagene Tiefsteuerstrategie in diesem Papier bewirbt. Gleichzeitig stellt er den natürlichen Personen eine massive Steuersenkung in Aussicht. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, dass tiefe und mittlere Einkommen im Kanton Solothurn, verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt, fast doppelt so viel Steuern zahlen. Wie die Regierung diese beiden massiven Steuersenkungen unter Einhaltung des Gleichgewichts des Finanzhaushalts bewerkstelligen will, lässt er offen. Für den GbS ist klar, dass eine Tiefsteuerstrategie, wie sie von der Solothurner Regierung vorgeschlagen wird, nicht infrage kommt. Stattdessen hält der GbS weiterhin an der vorgeschlagenen Verantwortungsstrategie, welche einen Ertragsneutrale Umsetzung der Steuervorlage 17 vorsieht.

#### **Bildung nicht allein an der Wirtschaft ausrichten**

Beim Handlungsfeld «Bildung und Fachkräfte» hätte es der GbS ebenfalls begrüsst, sein Wissen miteinzubringen und die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten. Bildung ist ein zentrales Element in der heutigen Gesellschaft, wobei der GbS grossen Wert darauflegt, dass immer noch Menschen und nicht «nur Arbeitskräfte» ausgebildet werden. Der Fokus die Bildung lediglich auf wirtschaftliche Bedürfnisse auszurichten, ist daher zu einseitig.

#### **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Löblich hingegen erscheint die Absicht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Unzähligen gut ausgebildeten Müttern, welche nach der Kinderpause zurück in den Beruf wollen, werden unnötig Steine in den Weg gelegt. Der GbS begrüsst ausdrücklich, dass Frauen die Rückkehr in ihren Beruf erleichtern.

tert wird. Er hätte sich jedoch konkrete Vorschläge wie dieses Ziel zu erreichen ist erwünscht. Konkrete Vorschläge, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, sucht man jedoch in diesem Papier vergebens.

### **Arbeitsmarktintegration**

Auch diese unter den Themen «Bildung und Fachkräfte» aufgeführte Willensäußerung, ältere Arbeitnehmende, Wiedereinsteiger und Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren, findet der GbS grundsätzlich gut. Leider gibt es auch in diesem Bereich keine Aussage, wie dies erreicht werden soll.

### **Umwelt und Klima**

Zwar verweist die Standortstrategie auf die Energiestrategie und das Pariser Abkommen betreffend mehr Klimaschutz. Aber auch hier fehlen konkrete kantonale Ziele, die man anzusteuern gedenkt.

Zusammenfassend beurteilt der GbS die vorliegende Standortstrategie 2030 im Ansatz richtig. Bei der Ausarbeitung fehlt ihm aber die Berücksichtigung der Arbeitnehmenden-Interessen. Zwar wird die Sozialpartnerschaft als gut funktionierend eingeschätzt, gleichzeitig aber die Arbeitnehmerstimmen ignoriert.

### **Für weitere Auskünfte:**

- Markus Baumann, Präsident GbS, 079 435 64 47